

Beiträge zur Oberschlesischen Frage.

I. Oberschlesien und die Umgestaltung der
Europäischen Schwerindustrie durch den
Versailler Vertrag.

♦♦

II. Die wirtschaftliche Zugehörigkeit der
Kreise Pleß und Rybnik zur ober-
schlesischen Montanindustrie.



Denkschrift *1 do nuneg*

der Forschungsabteilung für Bergbau und Hüttenkunde des

OSTEUROPA - INSTITUTS

bei der Universität und Technischen Hochschule zu Breslau.



26/06

216916

III

Ref. 4/20

22.6.66

[5-1]

(F4)





I. Oberschlesien und die Umgestaltung der europäischen Schwerindustrie durch den Versailler Vertrag.

Es ist eine altbekannte Erfahrungssache, daß die wirtschaftliche Gliederung von Grenzländern in einzelne Bezirke weit mehr von den natürlichen Bedingungen, von der Wechselbeziehung zwischen Rohstoffgewinnung und Rohstoffverarbeitung abhängt, als von den nach politischen Gesichtspunkten gezogenen Grenzen. Entsprechen diese letzteren nicht den natürlichen Erfordernissen eines rohstoffverarbeitenden und den Absatzmöglichkeiten eines rohstoffgewinnenden Bezirkes, so werden die wirtschaftlichen Notwendigkeiten sich aller künstlichen Grenzen zum Trotz doch nach und nach durchsetzen, allerdings oft unter schwerer Schädigung, unter vorübergehender oder dauernder Lahmlegung wichtiger Bezirke, denen durch die neue Einteilung Nähr- oder Absatzgebiet entzogen wird. Und es ist nicht weniger bekannt, daß die Wechselwirkung zwischen den einzelnen Staaten Europas trotz aller kriegerischen Verwicklungen, trotz aller nationalistischen Isolierungs- und Expansionsbestrebungen so eng ist, daß bemerkenswerte Veränderungen im Wirtschaftsgefüge eines Staates sich automatisch und fast augenblicklich im Wirtschaftsleben der anderen bemerkbar machen müssen und selbst dort zu schweren Schädigungen führen müssen, wo auf den ersten Blick eine direkte Beziehung nicht einmal zu sehen ist.

Trotz aller Hetze, trotz aller nationalen und politischen Gegensätzlichkeiten werden Volkswirtschaftler und Geschäftsleute feindlicher Länder dieses elementare Lebensgesetz erkennen müssen, um nicht ihr eigenes Land Katastrophen auszusetzen, welche schließlich einem Selbstmord verzweifelt ähnlich sehen können. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es wichtig, die oberschlesisch-polnische Frage einmal in dem größeren Zusammenhang der europäischen Weltwirtschaft zu betrachten, was hier im Hinblick auf die maßgebende Montanindustrie, insbesondere die Schwerindustrie, geschehen soll.

Viele Kreise sind sich heute noch nicht im klaren darüber, welche ungeheure Umwälzung gerade auf dem Gebiet der Rohstoffverteilung der Versailler Friedensvertrag hervorgerufen hat, und welche gewaltige Umstellung des Wirtschaftslebens diese Neuordnung in allen Ländern erfordert. Der Sinn der Ereignisse, auch der Sinn der oberschlesischen Frage, wird erst deutlich, wenn man sie im Zusammenhang mit der gesamten europäischen Wirtschaft behandelt. Die Einzeltatsachen mögen bekannt sein; aber erst in ihrer Zusammenfassung, in der Enthüllung ihrer Wechselwirkung eröffnet sich ein Einblick in den Sinn des Geschehens. **Hierbei ergibt sich, daß bei dem Versailler Friedensschluß, ebenso wie auf anderen Gebieten auch auf dem Gebiet der mineralischen Rohstoffe die Sachverständigen und Diplomaten der an den Beratungen beteiligten Völker nicht die notwendige Voraussicht und Umsicht haben walten lassen.**

Das Verhältnis von Eisenerz und Kohle zur Roheisenerzeugung zeigt, ob ein Land als Ausführbezirk oder Einfuhrbezirk im europäischen Haushaltsplan eingereicht werden kann.

Wird einem Lande ein metallerzeugendes Revier entzogen, so hat es unter Umständen für die eigenen Rohstoffe keinen Absatz mehr; diese kommen auf den Weltmarkt und treten als Konkurrenten anderer Ausfuhrländer auf. Das neuangegliederte Industrieviertel aber erweist sich in der neuen Umgebung leicht als Fremdkörper, es fügt sich deshalb durchaus nicht reibungslos ein und kann zu schweren Schädigungen führen; ist es höher entwickelt wie das der neuen Heimat, so schädigt es die alteingesessenen Betriebe, steht es auf niedrigerer Stufe, so wird es in vielen Fällen zum Eingehen verurteilt sein; nur selten wird es sich organisch einfügen.

Entzieht man dagegen einem Industrieland seine natürlichen Rohstoffreserven, so wird es notgedrungen auf die freien Rohstoffe des Weltmarktes zurückgreifen müssen, es wird diese in immer wachsender Menge in Anspruch nehmen und dadurch zum gefährlichen Konkurrenten anderer Industrieländer werden.

Nun ist die Verschiebung der Eisenerzvorräte durch den Versailler Friedensvertrag gewaltig; die Verschiebung der Kohlenvorräte ist schon heute bedeutsam (Saarrevier). Sie würde durch einen Besitzwechsel Oberschlesiens enorm werden; die Verschiebung industrieller Bezirke ist auch ungeheuer (Lothringen, Saarrevier, Oberschlesien).

So sind für alle oben angedeuteten Möglichkeiten durch den Friedensvertrag die Grundlagen gegeben, und es ist wichtig, diese zusammenzustellen, um ein Bild der heutigen europäischen Lage der Schwerindustrie entwerfen zu können und vor allem die Rolle Oberschlesiens in diesem Zusammenhang zu erkennen.

Die Eisenerzvorräte.

Der gesamte erschlossene Eisenerzvorrat Europas wurde 1910 auf 12 031,9 Millionen Tonnen geschätzt. Sein Gehalt an metallischem Eisen auf 4 732,8 Millionen Tonnen; die möglichen, aber noch nicht greifbaren Reserven sind wohl erheblich höher, können aber kaum mit Sicherheit in Rechnung gestellt werden. Ihre Beurteilung, ihr Verhältnis zu den erschlossenen Vorräten ist von verschiedenen Faktoren (kulturelle Stellung des Landes, Absatzmöglichkeiten, geologische Erforschung u. a. m.) abhängig und bildet eine wechselnde Größe, zumal der Begriff des Eisenerzes (chemische Zusammensetzung, Gehalt an metallischem Eisen) je nach der Lage des Weltmarktes einem starken Wechsel unterworfen ist. Es ist daher auch richtiger, nur die erschlossenen, greifbaren Vorräte in Rechnung zu setzen, denn nur sie kommen für absehbare Zeit zur Gewinnung in Frage; andererseits braucht die Verminderung des Vorrats in den Jahren 1910—1920 nicht berücksichtigt zu werden, da sie in den meisten Fällen durch Neuerschließung wieder aufgehoben wurde. Immerhin ist nicht zu vergessen, daß in den geologisch gut erforschten Ländern Zentral- und Westeuropas schon der größte Teil der Reserven in die Kategorie der erschlossenen Erze fällt.

Unter diesem Gesichtspunkt stellten sich die Reserven der Hauptländer Europas vor dem Kriege wie folgt:

	Eisenerz in Millionen Tonnen	Metall. Eisen Tonnen	% des europäischen Vorrates
Frankreich	3 300	1 140	27,4
Deutschland	3 607,7	1 270	29,9
England	300	455	10,8
Österreich	251	90	2,1
Rußland und Polen	848,7	382,1	6,9
Schweden und Norwegen	1 525	864	12,6
Spanien	711	349	5,8
Luxemburg	270	90	2,2
Andere Länder	218,5	92,7	2,3
zusammen	12 031,9	4 732,8	100

Die wesentlichsten Umgestaltungen, welche der Versailler Vertrag in diese Verteilung gebracht hat, sind durch folgende Tatsachen veranlaßt:

	Erz (in Millionen Tonnen)	Eisengehalt	% des europäischen Vorrates
Lothringen (an Frankreich angegliedert) .	2330	755	19,3
Luxemburg (aus dem deutschen Zollverband ausgeschlossen)	270	90	2,2
Deutsch-Österreich (von den Sukzessions- staaten geschieden)	213,2	75,1	1,7
Polen (von Rußland getrennt)	17,8	5,7	0,15
Oberschlesien (?)	16	4,8	0,1

Danach würde sich heute die Verteilung der Vorräte auf die europäischen Staaten folgendermaßen gestalten:

	Eisenerz in Millionen Tonnen	Metallgehalt	% des europäischen Vorrats
Frankreich	5 630	1 895	46,7
Deutschland (ohne Oberschlesien)	1 262	511	10,5
England	1 300	455	10,8
Deutsch-Österreich	213,2	75,1	1,7
Rußland	830,9	376,4	6,8
Polen (mit Oberschlesien)	34,4	10,5	0,25
Nordische Staaten	1 525	864	12,6
Spanien	711	349	5,8
Luxemburg	270	90	2,2
Andere Länder	254,5	—	2,65

Diese Ziffern können dergestalt einander gegenübergestellt werden, daß man zu den drei Hauptindustrieländern (England, Deutschland, Frankreich) die zu ihnen gravitierenden kleineren Länder hinzuzählt, die großen neutralen in der Hauptsache erzfördernden Länder zu einer besonderen Gruppe vereinigt, die dann Schweden, Norwegen, Spanien und, nach seiner Ausscheidung aus dem deutschen Zollverband, auch Luxemburg umfassen würde. Polen neigt sich dann entschieden Frankreich zu, Deutsch-Österreich (besonders nach dem Ankauf des Erzberges durch den Stinnes-Konzern) Deutschland. Rußland ist vorläufig besser als getrennte Größe zu behandeln, die kleineren neutralen Länder kommen vorläufig kaum in Frage. Zum Vergleich seien die Prozentzahlen der Weltreserven und die Vorräte Amerikas und Kanadas beigefügt:

	(in Klammern: früher)	% Europas	% der Welt
Frankreich, Polen		46,9 (27,4)	25,2 (14,7)
Deutschland, Österreich		12,2 (34,4)	6,6 (18,6)
England		10,8 (10,8)	5,8 (5,8)
Große Neutrale		20,6 (18,4)	11,1 (9,9)
Rußland		6,8 (6,9)	3,7 (3,8)
Andere Neutrale		2,7	2,1
Vereinigte Staaten		—	19
Neufundland		—	16,2
Andere Länder		—	12,4

Daß diese Verschiebung ganz überwältigend ist, braucht kaum weiter auseinandergesetzt zu werden. **Mit der Hälfte der europäischen und einem Viertel der Weltreserven besitzt Frankreich den größten Erzvorrat aller Länder;** er ist viermal größer als der deutsche, vier und einhalbmal größer als der englische und übertrifft selbst die nordamerikanischen Reserven beträchtlich. Für die eisenerzeugenden Länder Europas wird Frankreich mithin zu einem der ausschlaggebenden Länder.

Während sich Deutschland und Frankreich früher in dieser Hinsicht die Wage hielten, hat jetzt eine enorme Konzentration in einer Hand stattgefunden.

Nun ist aber noch folgendes zu berücksichtigen: Jeder Industriebezirk stellt sich aus Zweckmäßigkeitsgründen auf Erze von einer bestimmten Sorte ein. Die phosphorhaltigen lothringischen Erze (mit 33—40 % Eisen und 1,7—1,9 % Phosphor) waren für das in Deutschland sehr stark entwickelte Thomas-Verfahren von Bedeutung, während z. B. die englische Industrie auf phosphorarme Erze (Spanien, z. T. Schweden) eingestellt war. Es ist ferner bei allen weiteren Überlegungen daran zu denken, daß in Europa vor allem vier große Erzbezirke ausschlaggebend sind:

Der lothringische	33—40 %	Eisen, phosphorreich,
„ spanische	48—62 %	„ , phosphorarm,
„ schwedische	60 %	„ , phosphorarm—phosphorreich,
„ südrussische	62—68 %	„ , phosphorarm.

Die Wechselwirkung und Bedeutung dieser Bezirke werden wir besser verstehen, wenn wir das Verhältnis der Vorräte zur Erzförderung in den verschiedenen Ländern kennen gelernt haben.

Die Erzförderung der europäischen Staaten.

Die Eisenerzförderung der einzelnen Länder und Bezirke stellte sich vor dem Kriege (1913) wie folgt:

	In 1000 Tonnen	% der europ. Produktion	Verhältnis zu den Reserven
Deutschland mit Luxemburg	35 941	33,6	1 : 108
davon: Luxemburg	7 333	6,8	1 : 37
Lothringen	21 136	19,7	1 : 126
Oberschlesien	220	0,2	1 : 72
Übriges Deutschland	7 471	6,9	1 : 171
Frankreich	21 918	20,4	1 : 150
England	16 264	15,2	1 : 79
Spanien	9 862	9,2	1 : 72
Rußland mit Polen	8 810	8,2	1 : 98
davon: Polen	310	0,3	1 : 57
Schweden	7 479	7,0	1 : 155
Österreich	3 039	2,8	1 : 83
davon: Deutsch-Österreich	2 031	1,8	1 : 105
Ungarn	2 059	1,9	1 : 16
Gesamtproduktion:	107 261		1 : 112

Die überragende Bedeutung Deutschlands und Frankreichs als erzfördernde Länder tritt aus dieser Zusammenstellung deutlich hervor. Die drei großen „neutralen“ Reservenländer, Spanien, Schweden und Rußland, erscheinen ziemlich gleichwertig; nur hat es den Anschein, als könnten die schwedischen Vorräte auf viel länger vorhalten. In bezug auf Spanien trifft das ohne Zweifel zu; denn die spanischen Vorräte werden in absehbarer Zeit erschöpft sein; was dagegen Rußland angeht, so ist hier ein Vorbehalt zu machen, denn die russische Vorratsangabe ist ohne Zweifel zu niedrig gehalten. England nimmt eine Sonderstellung ein, denn die intensive Ausbeutung steht in einem Mißverhältnis zu den Reserven und würde infolge der hohen industriellen Entwicklung zu einer baldigen Erschöpfung führen.

Legt man die obigen Produktionszahlen bei der Neuverteilung der Vorräte zugrunde so ergeben sich folgende Prozentzahlen:

Frankreich und Polen	41,6 %
Deutschland und Österreich	8,7 %
England	15,2 %
Große Neutrale	23,5 %
Rußland	7,9 %
Andere Länder	3,1 %

Selbstverständlich kommt diesen Zahlen zunächst nur eine theoretische Bedeutung zu. Die Erzeugung Rußlands ist gegenwärtig gleich 0 zu schätzen. Ob die lothringische Förderung bei den neuen Besitzverhältnissen einigermaßen die alte Höhe beibehalten kann, wie sie sich im Konkurrenzkampf mit der französischen Förderung stellt, wo sie ihr Absatzgebiet findet, kann erst im Zusammenhang mit der weiteren Frage nach der Eisenerzeugung der Hauptländer erörtert werden. Die Zahlen sollten lediglich zeigen, daß, eine gleichbleibende Förderung vorausgesetzt, **Frankreich als Rohstoffproduzent durch den Friedensvertrag ein erdrückendes Übergewicht erlangt hat, während Deutschland zu vollständiger Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist.** Es erreicht kaum die Hälfte der englischen Produktion und erscheint daher noch mehr als England auf den ausländischen Import angewiesen, der schon früher für England zu einer brennenden Frage geworden war.

Die Rolle Polens und Oberschlesiens erscheint im Zusammenhang mit diesen Zahlen zunächst bedeutungslos. Die oberschlesisch-polnischen Erze **an sich** spielen in der europäischen Wirtschaft nur eine geringe Rolle. Erst die industrielle Frage der Eisenerzeugung, die mit der Brennstofffrage im engsten Zusammenhang steht, rückt das oberschlesische Problem in den Mittelpunkt des Interesses. Um die industriellen Beziehungen richtig verstehen zu können, ist daher zunächst die Kohlenverteilung kurz zu erläutern.

Die Steinkohlevorräte und die Steinkohlengewinnung in Europa.

Diese Erörterung behandelt nur die Vorräte an echter Steinkohle, da sowohl Anthrazit als Braunkohle eine geringere Rolle spielen. Auch bei der Steinkohle kommt vor allem die verkockbare Kohle in Frage, doch ist eine genaue Abtrennung derselben von den übrigen Vorräten schwer durchzuführen, da hier die verschiedenen Sorten ineinander übergehen.

Die Gesamtvräte an erschlossener und wahrscheinlicher Steinkohle in Europa wurden 1913 auf 693 162 Millionen Tonnen geschätzt. Sie verteilen sich im wesentlichen auf England, Frankreich, Belgien, Deutschland, Galizien und Rußland. Die übrigen Länder sind in ihrer Gesamtheit kaum mit 4,2% an der Summe beteiligt. Dabei spielten Deutschland und England in dieser Hinsicht vor dem Kriege eine überragende Rolle. Die Beteiligung ist aus der folgenden Zusammenstellung ersichtlich:

	Gesamtvorrat in Millionen Tonnen	% des europäischen Vorrates
Deutschland	409 975	59,1
England	178 176	25,7
Frankreich	12 720	1,8
Belgien	11 000	1,5
Rußland	18 267	} 20 792 3,1
Kongreß Polen	2 525	
Galizien	31 600	4,6
Andere Länder	28 899	4,2
Summe	693 162	100,0

Wenn Deutschland in dieser Zusammenstellung mit einem ganz gewaltigen Übergewicht erscheint, so ist hierzu gleich eine wichtige Einschränkung zu machen: Die erschlossenen Vorräte betragen in Deutschland nur 94 865 Millionen Tonnen gegen 130 155 Millionen Tonnen in England. England ist eben in der Erschließung und Ausbeutung seiner Vorräte ganz gewaltig vorausgeeilt, während die deutsche Gesamtzahl gleichsam nur einen Wechsel auf die Zukunft darstellt, der nicht zum mindesten auf die gewaltigen, noch nicht erschlossenen Vorräte Oberschlesiens ausgestellt ist.

Berechnet man auch hier die Neueinteilung nach dem Versailler Vertrag, so sind folgende Verschiebungen zu vermerken:

Saargebiet (für absehbare Zeit von Deutschland getrennt)	17 000	2,3%
Dombrowa (zu Polen hinzugekommen)	2 525	0,4%
Oberschlesien	165 987	24,0%

Nimmt man auch hier wieder an, daß eine entsprechende wirtschaftlich-politische Gruppenverteilung stattfindet, wie beim Eisen, und daß Oberschlesien Deutschland verloren geht, so würde sich die Neugruppierung im Hinblick auf die Kohle wie folgt stellen:

Frankreich und Saargebiet	4,1 %	} 34,5 %
Polen und Oberschlesien	29,0 %	
Belgien	1,5 %	
Deutschland	32,8 %	
England	25,7 %	
Rußland	2,7 %	
Andere Länder	4,2 %	
	100,0 %	

Daß **Polen** mit dieser Neueinteilung zu den **kohlenreichsten Ländern Europas** gehören würde, ist schon aus dieser Tabelle zu ersehen. Es liegt ja nun auf der Hand, daß diese **Reserven für den normalen Bedarf Polens keineswegs notwendig** sind. Mit den 2,5 Milliarden Tonnen Kohle im Becken von Dombrowa und mit den 31,6 Milliarden galizischer Kohle hat Polen bei weitem genug, um den eigenen Brennstoffbedarf zu decken. Der oft gebrauchte Hinweis auf die Nichtverkokbarkeit der Dombrowaer Kohle und auf ihre Nichteignung für metallurgische Zwecke ist keineswegs überzeugend. Es ist bekannt, daß in Galizien, und besonders östlich von Teschen, gewaltige Vorräte an verkokbarer Kohle vorhanden sind. Sie sind im unteren Teil des Lagers (Sattelflöze) neuerdings durch 44 Bohrungen nachgewiesen worden. Ihre Erschließung würde der europäischen Wirtschaft fürwahr mehr nützen, als ein Übergang Oberschlesiens in polnischen Besitz.

Die Vorräte Oberschlesiens könnten von Polen nur dergestalt ausgenützt werden, daß entweder die freien Mengen auf den Weltmarkt geworfen werden, oder daß mit Hilfe befreundeten Kapitals allmählich eine großzügige Eisenindustrie (mit russischem oder französischem Erze) aufgebaut wird. Der erste Fall wird aber kaum eintreten; wie wir weiter sehen werden, könnten die Produktionsmengen Europas bei weitem mehr erhöht werden, wenn Polen an die Ausbeutung der galizischen Kohle ginge. Der zweite Fall scheint, ganz abgesehen vom deutschen Interesse, auch für die übrigen Industriestaaten, insbesondere für England, mehr Gefahren als Vorteile zu bringen. Auch hier würde ein in sich geschlossenes Wirtschaftsgebiet, dessen Einfluß auf dem Weltmarkt schon feststeht, in seine Bestandteile aufgelöst werden — die internationalen wirtschaftlichen Folgen sind noch kaum zu übersehen. Das Gleiche gilt auch in Bezug auf die verschiedenen Teilungsvorschläge (Korfanty-Linie, Sforza-Linie usw).

Um das zu erklären, müssen die Produktionsziffern für Kohle in den einzelnen Ländern kurz erläutert werden. Für das Jahr 1913 betragen sie:

	Produktion in Mill. Tonnen	Verhältnis zum Vorrat	Kokserzeugung in Mill. Tonnen
Frankreich	40	318	3
Deutschland	190,1	2 156	34,6
England	292	610	28,8
Rußland	34,4	604	ca. 0,062
Polen	8,3	4 108	—

Diese Zahlen sind außerordentlich lehrreich. Die zweite Zeile zeigt, daß die englischen Vorräte in absehbarer Zeit zur Neige gehen werden, während Frankreich und Deutschland noch ein normales Verhältnis von Vorrat und Produktion haben. Rußland scheidet mit seiner tiefstehenden Produktion aus dem Vergleich aus. Polen zeigt ebenfalls ein noch viel deutlicheres Mißverhältnis von Produktion und Vorrat. **Polen könnte seine Produktion um das Doppelte steigern, und würde dann noch immer so günstig stehen wie Deutschland;** bei einer Steigerung auf das sechsfache würde es erst in die Lage Englands kommen. Wenn man dagegen die erschlossenen Vorräte Oberschlesiens zur Produktion daselbst in Beziehung setzt, so kommt

man zu der Zahl 237, für die gesamten Vorräte zu der Zahl 3824. **Oberschlesien stellt also zurzeit für Deutschland eine Art Reserve dar, die es bei seiner industriellen Entwicklung dringend braucht, die Polen aber in Galizien tatsächlich schon besitzt.** Tritt später in England, dem Hauptexportland in Europa, ein Kohlenhunger ein, so wird die obereschlesische Kohle in polnischen Händen der europäischen Wirtschaft wenig nützen; denn entweder hält sich die polnische Wirtschaft an die vorgerichteten Kohlenmengen und fördert nicht die Erschließung der Reserven; dann hat die bestehende Produktion vollauf an der Befriedigung des bisherigen Bedarfs zu tun. Oder in Polen entsteht eine neue auf die Kohle gegründete Industrie, und damit geht die obereschlesische Kohle der europäischen Wirtschaft dauernd verloren.

Im Gegensatz dazu kann Deutschland, selbst bei seiner hochentwickelten Industrie, dank dieser Reserve auch später noch in gewissen Grenzen Kohlenexportland bleiben, während die galizischen Lagerstätten dann bei ihrer Erschließung auch weltwirtschaftlich von Bedeutung werden können.

Es sind hierbei noch einige Einzelheiten zu berücksichtigen: Die obereschlesischen Vorräte an Kokskohle sind nicht sehr groß (von Michael auf etwa 18 200 Millionen Tonnen geschätzt). Der obereschlesische Koks steht hinter anderen Kokssorten zurück. Für weiteren Export wird er daher kaum konkurrenzfähig sein. Schon heute besitzen zahlreiche obereschlesische Eisenhütten eigene Kohlengruben im niederschlesischen Revier, weil dieser Koks besser zu verwerten ist. Auch hieraus sieht man, daß eine Lostrennung Oberschlesiens von Deutschland die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes schwer schädigen müßte. Während im Übrigen der obereschlesische Koks in Deutschland für die eigene Industrie bis zu einem gewissen Grade Verwendung findet, wodurch andere Mengen besseren Koks (Westfalen) für den Export frei werden, verliert diese Wechselbeziehung bei einem Ausscheiden Oberschlesiens aus dem deutschen Staatsverband ihre Bedeutung. Diese wichtigen Folgeerscheinungen für die europäische Wirtschaft sollten auch in anderen Ländern im Auge behalten werden.

Um diese Wechselbeziehungen besser zu verstehen, seien hier noch einige Ein- und Ausfuhrziffern der wichtigsten Länder Europas angeführt:

Ausfuhr (in 1000 Tonnen)			
		Kohle	Koks
England	1913	74 623	1 254
	1916	38 969	1 505
	1919	35 817	1 532
Deutschland . . .	1913	34 573	6 411
Einfuhr (in 1000 Tonnen)			
Frankreich . . .	1913		22 866
	1918		16 718
Österreich-Ungarn	1913	13 689	933
Rußland	1912	5 012	753

Von der Ausfuhr Deutschlands an Kohle und Koks gingen

	Kohle	Koks
1913 nach Frankreich	3,2 Millionen Tonnen	2,3 Millionen Tonnen
„ Österreich	12,1 „ „	1,0 „ „
„ Rußland	2,1 „ „	0,5 „ „

Es ist aus diesen Zahlen ersichtlich, daß England als Kohlenexportland bisher durchaus an erster Stelle stand, während **Deutschland im Koksexport eine führende Stellung einnahm.** Diese Stellung gründet sich vor allem auf die ausgezeichnete Beschaffenheit des westfälischen Kokes, gegen den sowohl der Saarkoks als auch der obereschlesische weit zurücktreten. Der obereschlesische Koks kann die Konkurrenz der höheren Kokssorten auf dem Weltmarkt kaum aushalten, und trotzdem sich die obereschlesische Eisenindustrie weitgehend an denselben angepaßt hat, ist sie doch in mancher Beziehung ins Hintertreffen geraten. Ähnlich verhält es sich mit

dem Saarkoks (Vorräte daselbst 8 299 Millionen Tonnen „Kokskohle“ gegen 16 548 Millionen Tonnen Kohle überhaupt; Koksproduktion 1910 — 1,6 Millionen Tonnen). Der Saarkoks ist weniger ergiebig und daher teurer als der westfälische. Schon heute hört man, daß französische Hüttenwerke bestrebt sind, langfristige Lieferungsverträge auf westfälischen Koks einzugehen, da sie befürchten, andernfalls von der Regierung gezwungen zu werden, den teuren Saarkoks abzunehmen. Diese Entwicklung ist außerordentlich bezeichnend; werden Saarrevier und Oberschlesien, d. h. die beiden Bezirke, welche hauptsächlich für den Innenbedarf an Koks in Frage kommen, von Deutschland abgeschnitten, so ist die deutsche Industrie, sofern sie nicht in entsprechendem Maße abnimmt, auf den ausschließlichen Verbrauch des westfälischen Kokses angewiesen. Als Exportartikel scheidet dann dieser, wenigstens in der bisherigen Menge, aus. England kann, seiner geringen Vorräte wegen, diesen Ausfall keineswegs decken; es wird in den kommenden Jahrzehnten schon wegen der Selbstversorgung eigene Sorgen haben. Das kapitalkräftige Frankreich ist aber imstande, mit den neubinzuerworbenen Kohlen- und Eisenschätzen und durch Finanzierung der polnischen Industrie einen gewaltigen Aufschwung seiner Industrie herbeizuführen und zu einem ausschlaggebenden Faktor auf dem Weltmarkt zu werden.

Soweit die Verteilung der Kohlenreserven, die also bei einer Neuordnung zu einer grundlegenden Umgestaltung der europäischen Wirtschaft führen könnte. Diese Überlegungen rücken aber erst ins rechte Licht, wenn man die Wechselwirkung von Eisen und Kohle und die Entwicklung der Eisenindustrie betrachtet.

Der Erzhaushalt der europäischen Staaten.

Unter den wichtigeren Ländern Europas kann man die Aus- und Einfuhrländer für Eisenerze sehr scharf unterscheiden. Frankreich und Deutschland, die beiden Länder mit den größten Reserven, verhielten sich in dieser Beziehung durchaus entgegengesetzt. In der folgenden Tabelle für 1913 sind die negativen Zahlen als Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr zu verstehen:

	Ausfuhr-Überschuß
Schweden und Norwegen	+ 6 970 Tausend Tonnen
Spanien	+ 8 600 " "
Frankreich	+ 8 570 " "
Rußland	+ 460 " "
Deutschland und Luxemburg . .	— 11 410 " "
England	— 7 560 " "
Belgien	— 3 590 " "
Österreich-Ungarn	— 840 " "

Trotz der großen Förderung genügte also in Deutschland der Vorrat keineswegs dem Bedarf; wenn auch, insbesondere im Grenzverkehr mit Frankreich und Belgien, gewisse Erzmengen stets exportiert wurden, so standen sie doch 1913 mit 2 613 Tausend Tonnen um ein vielfaches gegen die riesige Einfuhr (14 024 Tausend Tonnen) zurück. Ganz im Gegensatz dazu war Frankreich ein ausgesprochenes Ausfuhrland für Eisenerze, wobei als Abnehmer vor allem die Grenzländer — Belgien und Deutschland — in Frage kamen. In den lothringischen Grenzbezirken sind die Verhältnisse der Ein- und Ausfuhr überhaupt nur von dem Gesichtspunkte aus zu verstehen, daß bestimmte Hütten auf bestimmte Erzsorten eingestellt waren, und daß daher eine sehr rege Wechselbeziehung herrschte: französische Erze kamen nach Deutschland, deutsche gingen herüber; nicht der Erzhunger, sondern weitgehende Spezialisierung, weitgehende Anpassung an bestimmte lokale Verhältnisse regelten hier die Beziehungen. So verteilten sich 1912 die deutsch-lothringisch-luxemburgischen Erze folgendermaßen: 66,4% wurden im eigenen Bezirk verwertet, 13,4% gingen nach Rheinland-Westfalen, 11,4% nach dem Saargebiet, 5,6% nach Belgien, 3,2% nach Frankreich. Diese Zahlen erweisen, daß die lothringischen Erze vor allem auf den lokalen Bedarf und auf einen möglichst leichten Grenz-

verkehr eingestellt sind. Zur Verhüttung kommt hier vor allem die Saarkohle, dann die westfälische Kohle in Frage. Schon die Ausfuhr nach Rheinland-Westfalen erscheint verhältnismäßig gering. Bei der Neuverteilung der Vorräte ist die Möglichkeit durchaus gegeben, daß der westfälische Bezirk sich ganz auf andere, vor allem auf die hochwertigen nordischen Erze einstellt, weil sie billiger zu stehen kommen und einen geringeren Koksverbrauch bedingen. Anzeichen dafür sind schon heute vorhanden. Dann entsteht aber die **Frage, wo Frankreich** für seine enorm erhöhte Produktionsmöglichkeit **ein Absatzgebiet findet**, und die Möglichkeit einer wenigstens teilweisen Brachlegung des lothringisch-luxemburgischen Bezirkes erscheint nicht ausgeschlossen.

In Oberschlesien liegen die Verhältnisse etwas anders. Die eigenen Erze sind hier nicht reich genug, um die hochentwickelte Industrie zu versorgen. Ihr Wert ist auch geringer; daher ist es bezeichnend, daß die oberschlesische Industrie in den letzten 20 Jahren sehr stark zum Bezug fremder Erze übergegangen ist und der Verbrauch der einheimischen Erze von 81% auf 22% gefallen ist. 1911 gestaltete sich der Bezug der verbrauchten Erze hier wie folgt:

13% oberschlesische,
 13% deutsche,
 12% österreichische,
 25% russische,
 32% nordische Erze,
 5% andere Länder.

Die Erzreserven Oberschlesiens bilden mithin heute gleichsam nur einen Zuschlag zur Produktion von Roheisen. Auch in polnischer Hand könnten sie nicht besser verwertet werden, und dieser Bezirk wäre immer auf eine Einfuhr hochwertigeren Materials angewiesen.

Während also im **lothringischen Gebiet die Verwertung der Erze** bei der Neuverteilung **ein ernstes Problem** der europäischen Wirtschaft darstellt, bleibt **für Oberschlesien die Beschaffung der Erze** in jedem Falle eine dringliche Frage, zumal der nicht sehr hochwertige oberschlesische Koks die Verwertung besserer Erzsorten erfordert.

Das russische Produktionsgebiet, insbesondere der Bezirk von Krivoj Rog, wird hier ja in der Zukunft eine immer größere Bedeutung erlangen; zur Zeit, infolge der gänzlichen Zerstörung der südrussischen Gruben, ist aber auch Oberschlesien vor allem auf die nordischen Reserven angewiesen.

Was nun England angeht, so ist es infolge seiner geringen Vorräte ein reines Importland. Das Hauptbezugsgebiet war Spanien, doch gehen wichtige spanische Bezirke, wie Bilbao, einer Erschöpfung entgegen. **England wirft** infolgedessen **sein Augenmerk schon heute auf andere Bezugsgegenden** (Kanada, Schweden usw.), d. h. es befindet sich in einer ähnlichen Lage wie Deutschland nach dem Verlust seiner wichtigsten Eisenbezirke. **Daß die großen französischen Überschüsse hierbei von Bedeutung sein könnten**, ist von vornherein **unwahrscheinlich**. Ganz abgesehen von politischen Erwägungen ist im Auge zu behalten, daß die **englische Hüttenindustrie vorwiegend auf phosphorarme Erze eingestellt** ist und jedenfalls versuchen wird, sich auf andere Weise zu decken, ehe sie zu einer Umstellung der Betriebe schreitet.

Die Bedeutung der lothringischen Erze liegt aber vor allem in ihrer Verwertungsmöglichkeit an Ort und Stelle. Für einen weiteren Export würde sie kaum geeignet sein.

Roheisenerzeugung.

Nachdem die Erz- und Kohlenreserven in ihren Grundzügen besprochen worden sind, soll nun noch kurz gezeigt werden, wie sich die Verschiebung derselben in der Eisenindustrie Europas bemerkbar machen muß.

Die Roheisenerzeugung der wichtigsten Länder Europas betrug 1913:

	in 1000 Tonnen	Verhältnis z. Eisengehalt der Reserven
Deutschland und Luxemburg . . .	19 312	1 : 70
England	10 479	1 : 43
Frankreich	5 207	1 : 219
Rußland	4 735	1 : 82
Schweden	730	1 : 1014
Spanien	427	1 : 817

Deutsch-Lothringen und Luxemburg waren an der deutschen Produktion mit 6 437 Tausend Tonnen beteiligt; hier war also das Verhältnis zu den Reserven noch günstiger und betrug 1:131. Andererseits werden mit der Wegnahme Lothringens die industriell wichtigsten Teile doch bei Deutschland verbleiben. Nach den Zahlen von 1913 würde sich dann die Roheisenproduktion und ihr Verhältnis zu den Reserven wie folgt stellen:

Mit Saargebiet und Oberschlesien . . .	12 874	1 : 40
Ohne „ mit „	11 575	1 : 44
„ „ ohne „	10 610	1 : 48

Vor dem Kriege hatte Deutschlands Roheisenerzeugung diejenige Englands überholt. Frankreichs Produktion war in raschem Aufschwung begriffen und näherte sich derjenigen Englands. Die angeführten Zusammenstellungen zeigen, daß eine Neuregelung des Besitzes im Sinne des Versailler Vertrages in Deutschland ähnliche Verhältnisse wie in England erzeugen würde, d. h., da **mehr Zentren der Erzgewinnung als Zentren der Eisenproduktion für Deutschland verloren wären, wäre Deutschland in gleichem oder höherem Maße wie England auf die Einfuhr angewiesen.** Dagegen wäre **Frankreich** infolge der riesigen Rohstoffzunahme und der beträchtlichen Vergrößerung seiner industriellen Anlagen **leicht in der Lage, die englischen Produktionsziffern an Roheisen zu erreichen, ja dieselben stark zu überflügeln.** Es braucht kaum erläutert zu werden, daß ein Übergang Oberschlesiens in polnischen Besitz stark zugunsten Frankreichs wirken würde; denn französisches Kapital hatte schon bisher überwiegend die polnische Industrie finanziert und würde unter diesen Umständen noch schwerer in die Wagschale fallen.

Das wird noch deutlicher, wenn man die Zahl der Hütten, Hochöfen und ihrer Leistungsfähigkeit in den verschiedenen deutschen Bezirken vergleicht:

	Hütten	Hochöfen	Leistungsfähigkeit in Tonnen pro Tag
Rheinland-Westfalen	28	103	22 590
Siegerland	16	27	2 550
Süddeutschland	4	9	750
Lahn und Dill	4	8	780
Nord- und Mitteldeutschland . . .	11	25	4 060
Oberschlesien	9	28	2 820
Saargebiet	5	27	4 320
Lothringen	12	49	9 965
Luxemburg	9	40	7 130
	98	316	54 960

Mit dem Saargebiet und Lothringen verliert Deutschland 24% seiner Hochöfen und 26% seiner täglichen Leistungsfähigkeit. Mit dem gleichen Gebiet verliert es aber 64,5% der Erzreserven und 58,8% seiner Förderung an Eisenerzen. Die Abnahme der Rohstoffe beträgt also ungefähr das Doppelte von der Abnahme der Industrie. Mit einem Verlust Oberschlesiens gehen Deutschland 7% der Hochöfen und 5,1% der täglichen Leistungsfähigkeit verloren; dagegen 0,44% der Reserven und 0,7% der Erzförderung. Die Bedeutung Oberschlesiens liegt mithin in einer anderen Richtung wie die der westlichen Reviere.

Während der Verlust Lothringens Deutschland seiner wichtigsten Erzreserven beraubt, und es noch mehr wie bisher zu einem Importland stempelt, steht im Osten der mögliche Verlust an Kohle und Industrie im Vordergrund des Interesses.

Zusammenfassend ist nun zu betrachten, welche Rückwirkung diese Faktoren auf die europäische Wirtschaftslage haben müssen.

Die Verschiebung von Industrie und Reserven und die europäische Wirtschaftslage.

Es sei zunächst zusammenfassend die Umgestaltung betrachtet, welche die Schwerindustrie durch die Grenzverschiebung im Westen erfährt. An Erzvorräten verliert hier Deutschland 64,5% und dementsprechend 58,8% seiner Förderung. An Kohle 4% der Vorräte und 9% der Förderung. An Hochöfen 24%, 26% der täglichen Leistungsfähigkeit und ca. 20% der Roheisenerzeugung von 1913 (ohne Luxemburg). Frankreich gewinnt dabei 70% des eigenen Erzvorrates vor dem Kriege, 130% des früheren Kohlenvorrates, etwa 76% der Roheisengewinnung von 1913. Dadurch schon erscheint ein ganz gewaltiger Aufschwung der französischen Schwerindustrie gewährleistet, zumal dem früheren Schaden derselben, dem Mangel an eigenen Kohlen, durch den Saarbezirk stark abgeholfen ist. Zur Zeit verlautet auch, daß es durch neuentdeckte Verfahren möglich geworden ist, aus der Saarkohle besseren Koks zu erzeugen (wohl durch Beimischung anderer Kokssorten). Wenn auch diese Nachrichten zunächst mit Vorsicht aufzunehmen sind, so ist doch sicher schon heute eine bessere Versorgung der französischen Hütten mit Kohle gewährleistet. Gelingt es also Frankreich, die neuerworbenen Bezirke organisch seiner Wirtschaft einzufügen, so ist es dank der finanziellen Kraft des Landes und dank dem gegenwärtigen günstigen Stand der Kohlenfrage (Reparationslieferungen) durchaus möglich, daß die französische Eisenwirtschaft einen großen Aufschwung nimmt und ausschlaggebend auf den europäischen Markt einwirkt.

Deutschland hat dagegen durch den Verlust der westlichen Gebiete weit mehr Reserven als Industrie-Zentren verloren. Dieser Verlust, der für das Ruhrgebiet nach der Statistik von 1913 etwa 3—4 Millionen Tonnen ausmacht, muß durch Auslandsimport gedeckt werden. Schon heut ist erkennbar, daß dabei in Rheinland-Westfalen mehr an Skandinavien wie an Frankreich gedacht wird. Wir haben oben auseinandergesetzt, aus welchen Gründen auch England bei dem dort eintretenden Erz hunger eher auf die nordischen Staaten als auf die französischen Reserven zurückgreifen wird. Kann also Frankreich — und das ist mehr als wahrscheinlich — seine Förderung nicht voll ausnützen, so liegt die Gefahr vor, daß der wichtige lothringische Bezirk zum Teil brachgelegt wird und daß die Produktion hier zurückgeht. Als Folgeerscheinung käme dann eine überlastende Inanspruchnahme anderer europäischer Reserven (Skandinavien) in Frage, welche die beiden Hauptindustriestaaten, England und Deutschland, in wirtschaftliche Konkurrenz drängt, da beide in ähnlichem Verhältnis auf den Auslandsimport von Erzen angewiesen sind.

Wie wirkt nun diese Umgestaltung auf die sich an der Ostgrenze Deutschlands entwickelnden Verhältnisse ein?

Es könnte zunächst scheinen, daß hier durch Abtrennung industrieller und kohlenreicher, aber erzarmer Bezirke, ein Ausgleich stattfinden würde, der zwar zu Ungunsten Deutschlands, aber zugunsten der Weltwirtschaft stattfände. Dem ist aber keineswegs so. Daß die neue Verteilung des oberschlesischen Kokes nicht im Sinne des allgemeinen europäischen Interesses liegt, haben wir schon gesehen. Aber auch in Bezug auf die Eisenvorräte und die Schwerindustrie würden die Wechselbeziehungen durch eine Abtrennung Oberschlesiens nicht erleichtert, sondern kompliziert werden.

Zunächst ist ja überhaupt zu sagen, daß die oberschlesische Roheisenerzeugung nur 5,1% der gesamten deutschen Roheisenerzeugung ausmacht, daß also selbst bei völliger Ausscheidung Oberschlesiens das Verhältnis von Produktion zu Reserven sich nur von 1:40 auf

1:44 verändern würde. Das kommt im Verhältnis zu den gewaltigen Veränderungen im Westen kaum in Frage, d. h. die übrigen europäischen Reserven würden dadurch kaum weniger beansprucht werden. Aber sogar gerade das Gegenteil würde vermutlich eintreten! Wir haben ja schon erwähnt, daß die oberschlesische Industrie vorwiegend auf ausländischen Import angewiesen ist. Das würde auch bei einer Angliederung an Polen bestehen bleiben, da ja die einheimischen polnischen Erze den oberschlesischen keineswegs überlegen sind. Nun würde bei einer Zuteilung an Polen der immerhin 25% ausmachende Import deutscher und österreichischer Erze wegfallen, da dieselben bei der Neugestaltung vollauf im Innern Deutschlands Verwendung finden. Wenn also Polen — und darauf gehen ja seine Bestrebungen — auf der Grundlage Oberschlesiens eine eigene große Industrie aufbauen will, wird es auch wieder auf ausländischen Import angewiesen sein. Dafür kamen vor dem Kriege wiederum Skandinavien und Südrußland in Betracht. Da aber die reichen Krivoj Rog-Erze wegen vollkommener Zerrüttung der dortigen Wirtschaft auf absehbare Zeit ausscheiden, müßte auch Polen wieder den skandinavischen Bezirk in Anspruch nehmen. Das scheint nun zunächst wegen des Tiefstandes der polnischen Valuta nicht wahrscheinlich. Aus eigener finanzieller Kraft vermag Polen seine stark daniederliegende Eisenindustrie kaum aufzubauen. Immerhin sind aber die Aussichten der polnischen Industrie keineswegs ungünstig. Selbst vor dem Kriege konnte Polen, selbst unter ungünstigen Bedingungen, seine Roheisenproduktion 1908—1913 von 210 000 Tonnen auf 420 000 Tonnen steigern. Das lag an der ungeheueren Aufnahmefähigkeit des russischen Marktes, der aus der eigenen südrussischen Produktion nicht zu befriedigen war. Das würde in absehbarer Zeit auch wieder in Erscheinung treten.

Gelingt es mithin Polen, ausländisches Kapital in größerem Umfange an seiner Eisenindustrie zu interessieren, so ist eine großzügige Entwicklung derselben auf der Grundlage der oberschlesischen und galizischen Kohle durchaus wahrscheinlich. Der Weg dazu aber ist in Polen schon heute klar vorgezeichnet; französisches Kapital ist an polnischen Hüttenwerken zum Teil ausschlaggebend beteiligt. So ist das größte und älteste polnische Hüttenwerk — Huta Bankowa — im Besitz des Crédit Lyonnais. Wenn sich das französische Kapital bisher in der Frage der Neuinvestitionen abwartend verhielt, so würde sich das bald unter dem Einfluß der neuen Verhältnisse im Osten ändern. Zu den 13 polnischen würden die 28 oberschlesischen Hochöfen dazutreten, eine Neuererschließung der galizischen Kohle würde eine weitere Vergrößerung in gewaltigem Umfange erlauben, die Produkte fänden im Osten bequemen und leichten Absatz. **Zu dem gewaltig vergrößerten französischen Produktionsgebiet würde ein anderes französisch-polnisches hinzutreten, welches Aussicht hätte, den russischen Markt überwiegend zu versorgen.** In bezug auf Erzreserven würden hier die lothringischen Erze wegen der weiten Fracht kaum in Frage kommen. Die russischen Erze, an deren Gewinnung französisches Kapital vor dem Kriege auch stark beteiligt war, würden später wieder bedeutsam in die Wagschale fallen und bei der geschilderten Entwicklung der polnischen Gruppe ein neues Übergewicht verleihen. Zunächst wäre aber auch hier eine **starke Beanspruchung der skandinavischen Vorräte** kaum zu vermeiden.

Nach allem Gesagten würden sich die Ergebnisse einer Neuverteilung der mitteleuropäischen Bodenschätze wie folgt gestalten:

1. Eine teilweise **Brachlegung geringwertigerer mitteleuropäischer Erzreserven** (Lothringen) und eine **starke Inanspruchnahme der nordischen Reserven** durch die industriell wichtigsten Staaten (England, Deutschland, vielleicht Polen). Diesem Bedürfnis könnten die skandinavischen Staaten kaum genügen; schon heute versucht man dort den Export einzuschränken.
2. Eine wenig rationelle Verteilung von **Kohle und Koks**, durch welche die **besseren Sorten dem freien Weltmarkt verloren** gehen.
3. Eine starke Annäherung der schwerindustriellen Wirtschaftsverhältnisse in den beiden heute wichtigsten eisenerzeugenden Ländern, England und Deutschland: **Erzhunger bei hochentwickelter Industrie.**

4. Die Schaffung von zwei neuen, wichtigen Industriegebieten, **Frankreich und Polen**, die besonders für Osteuropa eine überragende Bedeutung erlangen können und infolge der günstigeren Lage die **Konkurrenz der älteren Eisenindustrien ausschalten** könnten.

Durch die vielbesprochenen Teilungsprojekte Oberschlesiens würden diese wahrscheinlich eintretenden Folgen nicht abgeschwächt, sondern eher verstärkt werden. Welche Bedeutung dem oberschlesischen Industriebezirk für die europäische Wirtschaft zukommt, geht aus den obigen Darlegungen ja klar hervor. Wenn mangelnde Umsicht gewaltsam in das natürliche Gefüge dieses Industriebezirkes eingreifen würde, wenn er in unberechenbarer Weise zerstückelt würde, wäre nicht nur seine Produktionskraft und diejenige Deutschlands dadurch geschwächt, sondern auch allen, heute noch kaum übersehbaren Folgen für die europäische Wirtschaft, die wir im Vorwort angedeutet haben, wäre Tür und Tor geöffnet.

Alle **Trennungslinien** (Korfanty-Linie, Sforza-Linie) würden das nach den wirtschaftlichen Verhältnissen entwickelte vielverzweigte Wassernetz, das Verteilungsnetz für elektrische Energie, das Straßennetz, die Verkehrswege, die Besitzverhältnisse und zusammengehörige, voneinander abhängige Betriebe und Verwaltungen in unglaublichster Weise **zerreißen und zerstückeln**. Kostspielige Umbauten würden dadurch erforderlich werden, wichtige Betriebe würden lahmgelegt. Wir brauchen dies hier nicht näher auszuführen; das hat kürzlich Professor Volz in eingehender und unwiderlegbarer Weise begründet. (Siehe W. Volz: „Die Wirtschaftsgeographischen Grundlagen der oberschlesischen Frage.“ S.S. 13—27).

Ferner zog Dr. Ing. Williger mit Bezug auf die Teilung Oberschlesiens jüngst folgenden sehr treffenden Vergleich: „Man stelle sich einen Arbeitssaal vor mit Dutzenden von Transmissionen, elektrischen Licht- und Kraftleitungen, mit Gas- und Wasserleitungen; einen Saal, in dem ein Arbeiter dem andern in die Hand arbeitet. Man kann unmöglich einen Strich hindurchziehen und sagen: „Dieser Teil ist mein, jener dein.“ — Es ist unnötig, irgend ein Wort hinzuzufügen.

Erscheint das auch als **natürliches Kettenglied im Sinne der von Frankreich gegenüber Deutschland betriebenen Vernichtungspolitik**, so muß bei dieser Gelegenheit denn doch gefragt werden, ob sich die anderen maßgebenden Staaten an dieser Politik beteiligen wollen, welche Deutschland vernichtet, aber auch die ganze Weltwirtschaft einer schweren Krisis entgegenführt. **Denn deutlicher als sonst sehen wir hier, wie kurzsichtige Staatsmänner die haßerfüllte Völkerspaltung verewigen, anstatt weitausschauend den im Interesse aller Völker so dringend nötigen, planmäßig übereinstimmenden Wiederaufbau der Weltwirtschaft und die Versöhnung der Völker zu fördern.**

Bei allen diesen Überlegungen ist es heute noch schwer, den wichtigen russischen Faktor richtig in Rechnung zu setzen. Für Roheisen und Fertigware wird Rußland noch lange ein bedeutsames Importland bleiben. Das Bedürfnis danach wird sogar in nächster Zukunft enorm steigen. Die Bedeutung und die Aufgabe Polens in dieser Hinsicht will und darf man nicht verkleinern; im Gegenteil, es läge im Sinne der europäischen Wirtschaft, ihm diese Aufgabe zu erleichtern. Das geschieht aber kaum dadurch, daß man durch **Neuverteilung der Reserven die gesamte europäische Wirtschaft schädigt**. Eine wirksame Beteiligung des **gesamten europäischen Kapitals** an der Erschließung noch ungenützter Reserven hätte mehr Sinn: Die **galizische Kohle** und vor allem die dringend benötigten hochwertigen **südrussischen Erze** könnten, durch **internationales Kapital erschlossen, die europäische Wirtschaft viel eher ins Gleichgewicht bringen** und sie vor manchen katastrophalen Möglichkeiten des Friedensvertrages bewahren.

Im Vorhergehenden sind nur Tatsachen mitgeteilt worden, Tatsachen, die jedermann an Hand der zum Schluß zitierten Literatur nachprüfen kann. Wenn also angesichts dieser Zusammenstellung von französischer Seite wieder der Vorwurf erhoben werden sollte, Deutschland versuchte Unfrieden zwischen den Alliierten zu stiften, so kann man diesem Vorwurf getrost

begegnen. Englands Interessen zu wahren ist keineswegs Deutschlands Absicht und Aufgabe. Wenn aber an Hand der objektiven Tatsachen nachgewiesen werden kann, daß eine **schwere Schädigung Deutschlands auch die englischen, ja die gesamten europäischen Wirtschaftsverhältnisse in katastrophaler Weise beeinflußt**, so haben Deutsche das **Recht und die Pflicht, ihre Stimmen warnend zu erheben.**

Zu den geschilderten Verhältnissen, welche direkt die europäische Wirtschaftslage beeinflussen, kommt noch schließlich eine wichtige Überlegung hinzu. Die genannten Zahlen zeigen zur Genüge, welche ungeheure wirtschaftliche Schwächung Deutschland durch die bisherigen Verluste schon erlitten hat. Es kann gar nicht bezweifelt werden, daß der Verlust Oberschlesiens oder eine demselben gleichkommende Zerstückelung dieses Gebietes diese Schwächung zu einem direkten Ruin gestalten würde. Woher dann die deutsche Wirtschaft die Mittel zur Deckung der Kriegskosten nehmen soll, wird ein denkender Mensch kaum angeben können. Ein bei Deutschland verbleibendes Oberschlesien vermag immerhin die deutsche Zahlungsfähigkeit zu verstärken; in polnischer Hand erscheint es für die europäische Wirtschaft unrettbar verloren.

Breslau, den 1. August 1921.

Literaturverzeichnis.

Von größeren zusammenfassenden Werken wurden benützt:

The iron ore resources of the world, Stockholm 1910.

The coal resources of the world, 1913 Toronto.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin 1915.

The mineral industry during 1919, New York 1920.

Gemeinfaßliche Darstellung des Eisenhüttenwesens, Düsseldorf 1918.

Geolog. Komitee: Die fossilen Kohlen Rußlands, Petersburg 1920.

G. Behagel: Eisen- und Manganerze in Osteuropa. Quellen und Studien des Osteuropa-Instituts. Leipzig bei B. G. Teubner, erscheint demnächst.

Ferner zahlreiche kleinere Angaben der deutschen, russischen und polnischen Presse und verschiedener Fachzeitschriften.

II. Die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Kreise Pleß und Rybnik zur oberschlesischen Montanindustrie.

„Bei Abschluß der Abstimmung wird die Stimmenzahl in jeder Gemeinde den alliierten und assoziierten Hauptmächten von dem Ausschuß mit einem erschöpfenden Bericht über den Wahlgang mitgeteilt. Beizufügen ist ein Vorschlag über die in Oberschlesien unter Berücksichtigung der Willenskundgebung der Einwohner sowie der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ortschaften als Grenze Deutschlands anzunehmende Linie.“

(Artikel 88, Anhang § 5 des Friedensvertrages von Versailles.)

Bei den Verhandlungen des Obersten Rates in Paris über das Schicksal Oberschlesiens hat sich mehr und mehr die Erkenntnis durchgesetzt, daß das durch die Landkreise Tarnowitz, Beuthen, Kattowitz, Hindenburg und Gleiwitz gekennzeichnete sogenannte „Oberschlesische Zentralrevier“, das engere Industriegebiet, als ein aus wirtschaftlichen Gründen unteilbares Ganzes anzusehen sei und entsprechend dem Ergebnisse der Volksabstimmung Deutschland zugeteilt werden müsse. Da dieses Zentralrevier eine polnische Minderheit besitzt, ist der Gedanke aufgetaucht, dem polnischen Staate als Ausgleich die Kreise Pleß und Rybnik zuzuteilen, die **unter dem Zwange** des vor und während der Abstimmung ausgeübten **polnischen Terrors** eine, wenn auch nicht lückenlose und örtlich nicht gleichmäßig verteilte, polnische Stimmenmehrheit ergeben haben.

Auf den ersten Blick erscheint nach der Karte eine derartige Abtrennung der beiden Kreise von Deutschland lediglich nach geographischen Gesichtspunkten möglich. **Eine nähere Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse lehrt jedoch, daß zwischen den Kreisen Pleß und Rybnik einerseits und dem übrigen Deutschland, insbesondere dem Oberschlesischen Zentralrevier und den Kreisen Ratibor und Leobschütz andererseits, außerordentlich enge Zusammenhänge bestehen, die durch die Abtrennung aufs schwerste gefährdet, wenn nicht gar zerrissen werden.**

Das Wirtschaftsleben in den Kreisen Pleß und Rybnik.

Die Kreise Pleß und Rybnik bilden geographisch und politisch einen zusammenhängenden, im Osten und Süden Polen benachbarten Komplex, dessen Westgrenze etwa halbwegs zwischen den Städten Ratibor und Rybnik ziemlich genau nord-südlich, dessen Nordgrenze in einer Entfernung von 5—10 km parallel zu einer Linie Gleiwitz-Kattowitz verläuft.

Der **Kreis Pleß** ist in seiner südlichen Hälfte ausschließlich landwirtschaftlich und forstlich ausgenutzt. Der **Grund und Boden steht zu mehr als $\frac{2}{5}$ im Eigentume des Fürsten von Pleß**, im übrigen gehört er Großgrundbesitzern oder Bauern. In der nördlichen Hälfte des Kreises liegen nachstehend verzeichnete industrielle Anlagen, die sich vorwiegend im Eigentum des Fürsten von Pleß befinden:

Steinkohlenbergwerke:

- Brade-Grube,
- Heinrichglück-Grube,
- Boerschächte,
- Emanuelssegez-Grube,

Heinrichsfreude-Grube,
Fürsten-Grube,
Prinzen-Grube,
Neu-Glückauf,
Gott mit uns,

Kraft- und Schmelzwerke Prinzengrube, die im wesentlichen zur Erzeugung von Calcium-Carbid dienen,

Fürstlich Plessische Miedziankit (Sprengstoff-) Fabrik,

Zellulose-Fabrik Czulow,

Bierbrauereien Tichau,

Sägewerke,

Chemische Grubenholz-Imprägnationswerke Idaweiche,

Eisengießerei und Kesselfabrik in Nikolai.

Der **Kreis Rybnik** enthält in seinem nordöstlichen Teile die

Steinkohlenbergwerke:

Knutow, im Eigentum des preußischen Staates,

Dubensko bei Czerwionka, im Eigentum der Vereinigten Königs- und Laurahütte A.-G. in Berlin.

Sprengstoff-Fabrik Kriewald, im Eigentum der Lignose A.-G. in Berlin.

In der Umgebung der Stadt Rybnik selbst befinden sich die

Steinkohlenbergwerke:

Charlotte bei Czernitz,

Hoym-Laura,

Anna-Grube,

Emmagrube,

Römergrube,

Beatensglückgrube,

Donnersmarckgrube,

Feldmarschall-Blücherschächte,

Feldmarschall-Hindenburgschächte,

} im Eigentum verschiedener Gewerkschaften.

} im Eigentum der Fürsten
Henckel von Donnersmarck-Neudeck.

Werke der verarbeitenden Eisenindustrie:

Emaillierwerk Paruschowitz, } im Eigentum der Oberschlesischen Eisenindustrie A.-G.
" Gottartowitz, } in Gleiwitz.

Eisengießerei Sohrau,

Rybniker Hütte,

} im Eigentum verschiedener Besitzer.

In seinem nordwestlichen und südlichen Teile ist der Kreis Rybnik vorwiegend land- und forstwirtschaftlich genutzt. Ein **großer Teil des Grund und Bodens** befindet sich im **Eigentum des Herzogs von Ratibor**, im übrigen gehört er Großgrundbesitzern oder Bauern.

Die beiden Kreise führen, abgesehen von einem kleinen Teile im Nordwesten des Kreises Rybnik, unter einem Deckgebirge, das in der Hauptsache aus marinen Ablagerungen tertiären Alters besteht, die Schichten der produktiven Steinkohlenformation und zwar umfaßt der Kreis Pleß im wesentlichen das Gebiet der großen ober-schlesischen Binnenmulde, während im Kreise Rybnik vorwiegend die als westliche Randmulde bezeichnete Zone des Steinkohlen-vorkommens auftritt.

Entsprechend den tektonischen und stratigraphischen Verhältnissen stehen im Kreise Pleß hauptsächlich Schichten der Muldengruppe in einer für den Bergbau erreichbaren Teufe an, im Kreise Rybnik dagegen die geologisch älteren Schichten der Sattelflözgruppe und der Randgruppe. Hieraus ergibt sich ein Unterschied in der Beschaffenheit der Kohle. Die im Kreise Pleß gewonnene Kohle ist hauptsächlich als Hausbrand- und Industriekohle verwendbar, während die Kohle des Kreises Rybnik sich besonders für Kokereien und Gasanstalten eignet.

In **verkehrspolitischer Beziehung** sind die Kreise durch eine Anzahl von **Eisenbahnlinien** erschlossen, deren wichtigste die folgenden sind:

Ratibor-Rybnik-Nikolai-Kattowitz,
Gleiwitz-Rybnik-Annaberg,
Gleiwitz-Sohrau-Loslau,
Kattowitz-Pleß Dzieditz,
Myslowitz-Oswieczim.

Ferner dient die von Kandrzin ab **schiffbare Oder** dem Transport der Massengüter.

Die überragende Bedeutung der Bergwerksindustrie für den Bezirk ist das Ergebnis einer raschen Entwicklung dieses Industriezweiges in den letzten beiden Jahrzehnten.

An Steinkohle wurde gefördert

Im Jahre	Kreis Rybnik	Kreis Pleß
1900	1 036 000 Tonnen	414 000 Tonnen
1906	1 783 000 "	664 000 "
1913	4 608 000 "	1 903 000 "
1920	3 481 000 "	1 958 000 "

Die Koksproduktion betrug

Im Jahre	
1900	—
1906	—
1913	182 000 Tonnen
1920	301 000 "

In der Bergwerksindustrie waren beschäftigt

Im Jahre		
1900	2 600 Personen	1 100 Personen
1906	7 500 "	1 700 "
1913	17 000 "	3 400 "
1920	27 000 "	7 600 "

Der wirtschaftliche Zusammenhang mit Deutschland, insbesondere dem Zentralrevier.

Eine **Abtrennung der Kreise Pleß und Rybnik** in ihrer ganzen Ausdehnung hieße eine **Grenze lediglich nach Verwaltungsbezirken ziehen**. Für jeden Kenner wirtschaftlicher Verhältnisse steht es aber außer Frage, daß die **Grenzen der Verwaltungsbezirke keineswegs übereinstimmen mit den Grenzen wirtschaftlich zusammengehöriger Bezirke**. Dies gilt besonders für die Verhältnisse in Oberschlesien, in dem die Grenzen der Kreise in einer Zeit festgelegt worden sind, in der die oberschlesische Montanindustrie noch nicht die überragende Bedeutung besaß, die ihr heute zukommt.

Der **Zusammenhang des Zentralreviers mit den nördlichen Teilen der Kreise Pleß und Rybnik**, die ihm wirtschaftlich zuzurechnen sind, ist derartig augenfällig, daß eine Grenze zwischen ihnen von vornherein vollkommen undenkbar erscheint; darüber hinaus bestehen jedoch auch mit dem südlicheren Teil der beiden Kreise innere wirtschaftliche Zusammenhänge allerengster Art.

Grundlegend für das Verständnis dieser ist die Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung.

Im oberschlesischen Zentralrevier, in dem Kohlenflöze und Eisenerzlager vielfach dicht unter Tage leicht gewinnbar auftraten, entwickelte sich der Bergbau zuerst und in seinem Gefolge die Eisenindustrie, deren Erzeugung sich aus kleinen Anfängen im Laufe der Jahre bis auf etwa 1 Million Tonnen jährlich steigerte.

Die Steinkohlenbergwerke des Zentralreviers sind jetzt auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung. Im Laufe weniger Jahrzehnte werden ihre Steinkohlevorräte erschöpft sein. In den Kreisen Pleß und Rybnik liegen die gesamten Zukunftsreserven des oberschlesischen Steinkohlenbergbaues.

Für die Eisenindustrie und die von ihr abhängigen Industrien ist die Beschaffung eines brauchbaren Hüttenkokes von ausschlaggebender Bedeutung. Da Kokskohle im Zentralrevier nur in einzelnen Flözen des westlichen Teiles vorhanden ist, ist der Abbau dieser Kohle rasch vorangeschritten; trotzdem hat er mit dem Bedarf nicht Schritt halten können, sodaß in den letzten zwei Jahrzehnten ein wachsender Mangel an Kokskohle eintrat. Für diesen Ausfall aus dem Zentralrevier mußte anderweitig Ersatz gesucht werden. Er fand sich in der Kohle der Gruben des Rybniker Kreises. Diese wurde entsprechend dem Nachlassen der Kokskohlenförderung im Zentralrevier in steigendem Maße für die Hüttenkokereien des Zentralreviers herangezogen, von denen die oberschlesischen Hochofenwerke, insbesondere Friedenshütte, Königshütte, Laurahütte, Juliehütte, Donnersmarckhütte, Hubertushütte beliefert werden. Dieses Band knüpfte sich von Jahr zu Jahr dadurch fester, daß der aus Rybniker Kohle hergestellte Koks Vorzüge aufweist, die der Koks aus der Kohle des Zentralreviers nicht besitzt. Sie bestehen insbesondere in seiner größeren Festigkeit und damit Tragfähigkeit sowie in größerem Ausbringen an hochwertigen Nebenprodukten wie Teer, Benzol und Ammoniak. Der Bezug der Kokereien des Zentralreviers an Kokskohle aus den Gruben des Kreises Rybnik beläuft sich gegenwärtig auf jährlich 400 000 Tonnen im Gesamtwerte von über 80 Millionen Mark.

Nebenher entstanden im Rybniker Revier selbst im Laufe des letzten Jahrzehnts eigene Kokerei-Anlagen auf Emmagrube, den von Velsenschächten bei Knurow und der Dubensko-Grube. Deren Produktion an Koks in Höhe von 300 000 Tonnen jährlich geht zum überwiegenden Teile gleichfalls nach den Eisenhütten des Zentralreviers. Außerdem findet ein reger Austausch der Nebenprodukte des Kokerei-Prozesses zwischen dem Zentralrevier und dem Rybniker Revier zwecks gemeinsamer Weiterverarbeitung statt. Diese ist durch Zusammenschluß der gesamten oberschlesischen Koksindustrie unter Führung der Oberschlesische Koks-werke und Chemische Fabriken A.-G. restlos durchgeführt.

So empfängt das Zentralrevier aus dem Rybniker Revier jährlich

ca. 12 000 Tonnen Teer im Werte von	15 000 000 Mk.
= 15 000 = Teeröle im Werte von	27 000 000 =
= 4 000 = Rohbenzol zur Zwischenverarbeitung im Werte von	16 000 000 =

Andererseits gehen jährlich vom Zentralrevier nach Rybnik

ca. 20 000 Tonnen Teer für Zwischenverarbeitung im Werte von . .	26 000 000 Mk.
= 7 000 = Rohbenzol für Fertigverarbeitung im Werte von .	28 000 000 =

außerdem

ca. 4 000 Tonnen Schwefelsäure im Werte von	2 000 000 Mk
---	--------------

Ein weiterer Unterschied der Rybniker Kohle von der des Zentralreviers besteht darin, daß erstere erheblich weicher ist und daher einen sehr hohen Anfall an Feinkohle hat. Da sie infolgedessen nur in geringem Maße für Lokomotivheizung geeignet ist, haben sich die Rybniker Gruben neben der Verkokung planmäßig auf Brikettierung eingerichtet. Allein aus dem Zentralrevier gehen jährlich 30 000 Tonnen Pech für die Zwecke der Brikettierung nach dem Rybniker Revier.

Die Langflammigkeit der Rybniker Kohle, welche sie besonders für die Zwecke der Metallhütten und chemischen Industrien geeignet macht, hat nicht nur einen bedeutsamen Kohlentransport nach dem Zentralrevier zur Folge, sondern auch nach derartigen Werken in und bei Ratibor, die sich auf der Grundlage dieser Kohlenversorgung überhaupt erst entwickeln konnten.

Ein weiterer wichtiger Industriezweig des Rybniker Revieres sind die umfangreichen Emaillierwerke von Paruschowitz und Gottartowitz mit einer Belegschaft von 3000 Arbeitern,

die größten Werke dieser Art in Ostdeutschland; sie sind ausschließlich auf die Verarbeitung von Eisenblech und anderen Rohprodukten aus dem Zentralrevier angewiesen.

Der Zusammenhang der Industrie des Rybniker Kreises mit dem Zentralrevier wird dadurch noch besonders eng gestaltet, daß **ein Teil der Anlagen sich im Eigentum von Gesellschaften befindet, deren Verwaltungssitz und hauptsächlichste Anlagen außerhalb des Kreises Rybnik im Zentralrevier liegen.** Es sind dies

die Steinkohlenbergwerke:

Knurów, im Eigentum des preußischen Staates unter der Verwaltung der Staatlichen Bergwerksdirektion in Hindenburg,

Dubensko, im Eigentum der Vereinigten Königs- und Laurahütte A.-G. in Berlin,

Donnersmarck-Grube,

Feldmarschall-Blücherschächte

Feldmarschall-Hindenburgschächte

} im Eigentum des Fürsten Henckel
von Donnersmarck

unter der Verwaltung der Fürstlichen Bergwerksdirektion in Schwientochlowitz,

die Emallierwerke in Gottartowitz und Paruschowitz, im Eigentum der Oberschlesischen Eisenindustrie A.-G. in Gleiwitz,

die Sprengstoff-Fabrik Kriewald, im Eigentum der Lignose A.-G. in Berlin.

Der gleiche Zusammenhang hinsichtlich Verwaltung und Besitz ist in noch erhöhtem Maße bedeutsam für die Werke im nördlichen Teile des Kreises Pleß. **Die Verwaltung der 8 Kohlengruben des Fürsten Pleß, welche zerstreut im Kreise Pleß liegen, hat ihren Sitz in Kattowitz.** Sie und die übrigen industriellen Werke der fürstlichen Verwaltung, insbesondere die Sprengstoff-Fabrik und die

Zellulosefabrik

sowie die zentralen Grubenholz-Imprägnierwerke Idaweiche

stehen infolge ihrer Lage im südlichen Teile des Zentralreviers mit diesem in bezug auf Absatz ihrer Produkte und Bezug von Rohstoffen in unmittelbarstem Zusammenhang und bilden das beste Beispiel dafür, wie wenig gegenüber einem tatsächlichen wirtschaftlichen Zusammenhange eine rein verwaltungsmäßig gezogene Bezirksgrenze bedeutet.

Sowohl dem Kreise Pleß als auch dem Kreise Rybnik ist ferner eine Reihe von Zusammenhängen mit dem Zentralrevier und dem übrigen Deutschland gemeinsam. Die landwirtschaftlich und forstlich ausgenutzten Teile der beiden Kreise geben ihre Produkte an Lebensmitteln und Holz für Bauzwecke und als Grubenholz in großem Umfange an das Zentralrevier ab; andererseits bezieht der engere Rybniker Industriebezirk einen großen Teil seiner Lebensmittel aus dem dem Kreise Ratibor westlich vorgelagerten Kreise Leobschütz. Ferner geben die Gegenden mit ländlicher Bevölkerung ihren **Bevölkerungsüberschuß als Arbeitskräfte an die Bergbaubezirke des Zentralreviers ab.**

Die Abhängigkeit der Kreise Rybnik und Pleß von dem übrigen Deutschland kommt ganz besonders zum Ausdruck, wenn man den Ersatz der in den mannigfachsten Berufen tätigen geistigen Arbeiter in Betracht zieht. Alle diese empfangen ihre Ausbildung auf den Berg- und Maschinenbau-Schulen sowie den Hochschulen Deutschlands. **Die Kreise Rybnik und Pleß besitzen keinerlei Einrichtungen zur Heranbildung geeigneter Kräfte für die Leitung der eigenartigen und schwierigen bergbaulichen Verhältnisse der beiden Kreise.**

In völliger **Abhängigkeit von dem Zentralrevier** und weiterhin dem übrigen Deutschland befindet sich die Industrie der Kreise Pleß und Rybnik **bezüglich ihrer Versorgung mit Betriebsmaterialien.** Die Maschinenfabriken, aus denen der gewaltige Bedarf der Bergwerksindustrie an Maschinen und Maschinenteilen jeder Art gedeckt werden muß, die Bezugsquellen für Zement, Kalk, Schmieröle und andere Bergwerksmaterialien liegen ausschließlich im Zentralrevier oder im weiteren Deutschland. Die Errichtung von Anlagen für die Herstellung von Kalk, Zement, Chamottewaren usw. ist in den Kreisen Pleß und Rybnik unmöglich, weil die dafür notwendigen Gesteine dort nicht vorkommen. Im übrigen sind im Rybniker Revier — ab-

gesehen von einigen kleinen Eisengießereien — Werke zur Erzeugung von Bergwerksmaterialien nicht angelegt worden, weil die gesamte Arbeiterbevölkerung dieses Kreises durch die Bergwerke absorbiert wird und die Gestaltung der Oberfläche sowie Wassermangel der Errichtung neuer Anlagen erhebliche Schwierigkeiten bereitet.

Folgen einer Abtrennung.

Die vorstehend geschilderten Wechselwirkungen müssen geschädigt oder zerstört werden, wenn die Kreise Pleß und Rybnik ganz oder teilweise Polen zugeteilt werden. Daß die Abtrennung der beiden Kreise in ihrem ganzen Umfange in wirtschaftspolitischer Beziehung verfehlt ist, ist schon oben dargelegt worden. Aber auch die Loslösung einzelner Teile wird die schwersten Schädigungen des Wirtschaftslebens, sowohl im Zentralrevier als auch in den abgetretenen Teilen selbst, mit sich bringen.

Die Tatsache, mit der man in diesem Falle rechnen muß, ist eine **neue Landesgrenze**, die zugleich **Zollgrenze** ist, und zu deren beiden Seiten **Länder mit durchaus verschiedenen Verwaltungs- und Wirtschaftsverhältnissen** liegen. Allein der außerordentliche Unterschied zwischen der polnischen und deutschen **Valuta** wird jene Trennungslinie zu einem fast unüberwindlichen Hindernis für wirtschaftliche Beziehungen machen.

Diese Tatsache ist allein schon im Hinblick darauf von außerordentlicher Wichtigkeit, daß der **weitaus überwiegende Teil des Grund und Bodens, des unerschlossenen Bergwerksbesitzes sowie der industriellen Anlagen sich im Eigentume deutschgesinnter Besitzer** befindet, und daß die Verwaltung dieses Besitzes von Stellen aus erfolgt, die außerhalb der für die Abtrennung in Aussicht genommenen Gebiete liegen.

Die Trennung des Zentralreviers von dem Rybniker Industriegebiet wird vor allem zur Folge haben, daß das oberschlesische Zentralrevier seinen Bezug an Kokskohle aus dem Rybniker Reviere einbüßt oder infolge der Güterstauungen in den Grenzbahnhöfen unregelmäßig und mit erheblicher Verzögerung erhält. Hierbei ist zu bedenken, daß eine lohnende Verarbeitung der Rybniker Kohle auf Koks und Nebenprodukte schon dann nicht mehr möglich ist, wenn sie nur wenige Tage dem Einfluß der Witterung ausgesetzt wird.

Die Richtigkeit dieser Tatsache wird durch die Erfahrungen bewiesen, die man beim Grenzverkehr zwischen dem Rybniker Revier und dem Mährisch-Ostrauer und Dombrowaer Hüttenrevier gemacht hat.

Die gleichen Hindernisse werden sich für die Versendung von Koks nach dem Zentralrevier ergeben. Eine andere Möglichkeit, sich hinreichend mit Hüttenkoks zu versorgen, besteht für die oberschlesische Eisenindustrie nicht. Das Zentralrevier kann bereits seit geraumer Zeit — infolge fortschreitender Erschöpfung seiner Kokskohlenvorräte — den Bedarf nicht decken. Der vorübergehend beschrittene Ausweg, Koks aus dem niederschlesischen Bergbaubezirk zu beziehen, ist auf die Dauer wegen der hohen Gestehungs- und Transportkosten dieses Kokses wirtschaftlich unmöglich. Somit wird die oberschlesische Eisenindustrie, eines ihrer wesentlichsten Rohstoffe beraubt, zum Erliegen kommen.

Auch der **Austausch von Teerprodukten** der Kokereien zwischen dem Rybniker und Zentralrevier wird durch die Schaffung einer Zollgrenze **unterbunden** werden. Damit entfällt die Möglichkeit der Verarbeitung in großen zentral gelegenen und darum wirtschaftlich arbeitenden Anlagen. Man wird alsdann notwendigerweise zu der früher üblichen unrentablen Verarbeitung in kleinen verstreut liegenden Werkskokereien zurückkehren müssen. Dies bedeutet einen für alle Teile unerwünschten Rückschritt, ganz abgesehen davon, daß die für die Anlagen des Zentralreviers erforderliche Menge von Nebenprodukten aus der dort geförderten Kokskohle nicht gewonnen werden kann.

Grubenholz und landwirtschaftliche Produkte werden nicht mehr wie bisher aus dem Kreise in das Zentralrevier eingeführt werden können, ebenso wird der dringend notwendige Zuzug an Arbeitskräften aus dem Bevölkerungsüberschuß des Kreises Pleß erschwert werden.

Aus alledem ergibt sich auf der anderen Seite, daß durch die **Zerstörung der Fäden zwischen dem Zentralrevier und den Kreisen Pleß und Rybnik** auch für diese schwere wirtschaftliche **Schädigungen** entstehen müssen, die sich zunächst unmittelbar in einer gewaltigen **Steigerung der Arbeitslosigkeit** auswirken werden. Denn die in ihrem Absatz auf das Zentralrevier angewiesenen Werke werden diesen plötzlich mehr oder weniger einbüßen und damit gezwungen sein, Arbeiter zu entlassen; außerdem wird der großen Zahl der in den ländlichen Bezirken der Kreise wohnenden, aber im Zentralrevier beschäftigten Personen die Möglichkeit genommen werden, ihrer Arbeit wie bisher nachzugehen. Ersatz durch andere Arbeitsgelegenheit wird sich für sie aber nicht finden, da die Aufhebung der Grenze zwischen Polen und den beiden Kreisen diesen keine Vorteile zu bringen vermag. Im Gegenteil wird gerade die Nebenproduktenindustrie der Rybniker Kokereien in **Konkurrenzkampf mit** den hochwertigeren Erzeugnissen **der umfangreichen polnisch-galizischen Erdölindustrie** geraten; fernerhin wird die Brikettproduktion des Rybniker Bezirkes in Schwierigkeiten kommen, weil die dortigen Gruben allein nicht annähernd in der Lage sind, das für die Brikettierung erforderliche Pech selbst zu erzeugen.

Eine weitere Schädigung wird darin bestehen, daß das Rybniker Revier seinen gegenwärtig erheblichen Absatz an Industriekohle und elektrischer Kraft an die Werke der Ratiborer Industrie verlieren wird.

Einen Ausgleich für diese Verluste werden die beiden Kreise durch einen Anschluß an Polen umsoweniger in absehbarer Zeit finden können, als die **Verkehrsverbindungen mit Polen völlig unzureichend** sind. Aus dem Kreise Rybnik führt überhaupt keine unmittelbare Eisenbahnstrecke nach Polen. Der Kreis Pleß besitzt zwar eine solche über Dzieditz, doch ist diese Strecke nur eingleisig; ihre Leistungsfähigkeit sowie die des gesamten anschließenden polnischen Bahnnetzes bleibt weit hinter den Anforderungen zurück, die im Falle einer Abtretung an sie gestellt werden.

Nun ist der gegenseitige Austausch der Produkte durch ein leistungsfähiges Verkehrswesen nicht das einzige Band, welches die beiden Kreise mit dem Zentralrevier sowie dem westlichen Nachbarbezirke zusammenhält und das durch eine Abtrennung zerschnitten werden wird, sondern es werden auch zum Unheil für die beiden Kreise die Beziehungen zerstört werden, bei denen sie lediglich der empfangende, Deutschland aber der gebende Teil ist.

Das ist zunächst der Bezug von **Bergwerksmaterialien** aller Art, der bisher ausschließlich aus Deutschland, zum großen Teil aus dem oberschlesischen Zentralrevier erfolgt ist. Selbst wenn man annimmt, daß Polen in absehbarer Zeit neue Maschinen, Chemikalien und sonstige Bergwerksmaterialien aller Art für Rybnik und Pleß zu liefern imstande sein sollte, und davon absieht, daß hierfür die Gesteigungs- und Transportkosten bedeutend höher sein werden als gegenwärtig, so wird auf keinen Fall die polnische Industrie die Ersatzteile aller Art zu den im Betrieb befindlichen maschinellen Anlagen des Rybniker und Pleßer Revieres in erforderlichem Maße herstellen können, weil ihr die jahrelangen Erfahrungen deutscher und oberschlesischer Spezialfabriken fehlen.

Weiterhin werden bei der finanziellen Lage Polens die **Geldmittel** für Anlage neuer Bergwerke und für Erhaltung und Ausbau der vorhandenen Betriebe **dem polnischen Staate fehlen**. Selbst bei größter Anspannung der Notenpresse wird eine **Befriedigung der geldlichen Ansprüche unmöglich** sein.

Wenn schon ein erträglicher Übergang von deutschem zu polnischem Material und Kapital kaum möglich erscheint, so wird das dritte Element, welches die Industrie des Rybniker und Plesser Kreises Deutschland verdankt, die deutsche Intelligenz, sich noch weniger ohne unheilvollen Einfluß auf den Fortgang der Betriebe ersetzen lassen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß unter dem polnischen Terror der letzten Zeit eine erhebliche **Abwanderung Deutscher** — vom Betriebsleiter bis zum Spezialarbeiter — eingetreten ist und daß die Bezirke hierunter bereits stark gelitten haben. Diese Abwanderung wird sich im Falle der Abtretung in verstärktem Maße fortsetzen. Selbst wenn Polen in der

Lage sein sollte, an und für sich gleichwertige Ersatzkräfte zu bieten — wofür vorläufig keinerlei Gewähr besteht —, so werden diese doch erhebliche Zeit gebrauchen, um sich auf die besonderen bergtechnischen Verhältnisse der fraglichen Bezirke einzurichten.

Somit bedeutet eine Abtrennung von Pleß und Rybnik einerseits einen schweren Verlust für das oberschlesische Zentralrevier und damit auch für Deutschland, andererseits eine schwere wirtschaftliche Schädigung für die beiden Kreise selbst.

Dennoch könnte derjenige, welcher berufen ist, an dem Urteil über die Zukunft Oberschlesiens mitzuwirken, zu der Ansicht gelangen, daß eine Zuteilung der beiden Kreise an Polen dann gerechtfertigt erscheint, wenn dieses Land wesentliche Vorteile davon hat.

Hierzu ist zunächst festzustellen, daß Polen mit dem vorhandenen Eisenbahnnetz nicht in der Lage ist, die beiden Bezirke für seine eigene Wirtschaft nutzbar zu machen. Wenn auch Polen in Erkenntnis dieser Tatsache bestrebt sein wird, das Verkehrsnetz entsprechend auszubauen, so wird hierbei mindestens mit einem ungeheuren Aufwand an Geld und vor allem an Zeit gerechnet werden müssen. Welche Schwierigkeiten die Gelände- und Untergrundverhältnisse mit sich bringen, beweist die Tatsache, daß eine der bedeutendsten Gruben des Reviers, die Annagrube, erst nach jahrzehntelangem Bestehen einen eigenen Bahnanschluß erhalten konnte, dessen Herstellung allein Jahre beansprucht hat.

Ferner ist zu bedenken, daß Polen, dessen Hauptindustriezweige die Zuckerfabrikation und die Herstellung von Textilwaren sind, in erster Linie Bedarf an Hausbrand und Industriekohle, weiterhin an grobstückiger Lokomotivkohle hat, und daß für diese Zwecke die Rybniker Kohle wegen ihrer hohen Backfähigkeit und Weichheit nicht geeignet ist.

Daß Polen innerhalb seiner bisherigen Landesgrenze seinen eigenen Bedarf an Kohlen und Kohlenerzeugnissen decken kann, ist unzweifelhaft, wenn es seine Bergwerksindustrie planmäßig entwickelt. Die Grundlage hierfür bietet ihm sein Reichtum an Kohlen aller Art, unter denen sich nach den Ergebnissen von Bohrungen der letzten Zeit **vorzügliche Koks-kohle** in reichlicher Menge befindet.

Ein derartiger industrieller Ausbau bringt, selbst wenn zu seiner Durchführung Jahrzehnte erforderlich sind, für Polen die gleichen Vorteile wie eine Zuteilung von Pleß und Rybnik, deren wirtschaftliche Angliederung im Hinblick auf die völlig unzureichenden Verkehrsverhältnisse und die Schwierigkeiten des Bahnbaues auch nur in Jahrzehnten möglich ist.

Übersieht man also vom wirtschaftlichen Standpunkte aus das im vorstehenden entwickelte Problem in seinen Auswirkungen für die nahe und ferne Zukunft, so kommt man notgedrungen zu folgendem Ergebnis:

1. **Für die nächste Zeit** bringt der Erwerb der Kreise Pleß und Rybnik **für Polen keine nennenswerten Vorteile.** Eine wirtschaftliche Angliederung an Polen erfordert in jeder Beziehung **schwierige Umstellungen** und **große Opfer an Zeit und Geld.**

Für die Kreise Pleß und Rybnik entsteht infolgedessen eine Zeitspanne, in der sie mit Polen noch nicht wirtschaftlich verwachsen, aber aus ihrem organischen Zusammenhange herausgerissen sind, d. h. **eine Zeit der Stockung des wirtschaftlichen Lebens, der Arbeitslosigkeit und inneren Unruhen,** kurz des wirtschaftlichen und sozialen Niederganges, hinter dem eine ungewisse Zukunft liegt.

Für Deutschland, vor allem für die Eisenindustrie im oberschlesischen Zentralrevier, bedeutet die Abtrennung der beiden Kreise den **Verlust** der zwar örtlich getrennten, aber wirtschaftlich in innigstem Zusammenhange stehenden, die **Koks-basis** bildenden Bergwerke, also auch hier eine Zeit industriellen Rückganges und erheblicher Arbeitslosigkeit; der oberschlesischen Eisenindustrie selbst ist mit der Abtrennung von Pleß und Rybnik das Todesurteil gesprochen.

2. Für die fernere Zukunft ist dem Plesser und Rybniker Reviere bei Deutschland wirtschaftlicher Aufschwung sicher, weil es als natürliche und einzige Kohlenreserve des auf dem Höhepunkt angelangten Zentralrevieres mehr und mehr dieses zu ersetzen bestimmt ist.

Polen dagegen kann seine Bergwerksindustrie mit den gleichen Aussichten außerhalb des jetzt noch deutschen Gebietes in seinem eigenen Lande entwickeln, denn es besitzt nach dem heutigen Stande der deutschen, tschechischen und polnischen geologischen Forschung bereits mehr als die Hälfte des gesamten kohlenführenden Steinkohlenbeckens.

Während mehr als 80% der deutschen oberschlesischen Kohlenreserve in den beiden Kreisen Pleß und Rybnik liegen, ist Polens Kohlenbergbau auch ohne diese auf Jahrhunderte gesichert. Polen wird also gern bereit sein, die Kreise Pleß und Rybnik einer kapitalstarken, ihm nahestehenden Großmacht zur Ausnutzung zu überlassen, für diese Großmacht ein weiterer Schritt auf dem Wege der wirtschaftlichen Vorherrschaft auf dem europäischen Festlande.

Diesem Gedanken ist Zeitungsnachrichten zufolge kürzlich von Tom Shaw im englischen Parlament treffend Ausdruck gegeben worden, indem er sagte, er fürchte, daß die dem französischen Vorgehen zugrunde liegende Politik nicht durch die Furcht vor Deutschland eingegeben, sondern von dem Bestreben geleitet sei, Bergwerke und Land an sich zu reißen und die hauptsächlichlichen Mineralschätze Europas zu kontrollieren.

Es ist schwer zu begreifen, daß England die Erkenntnis dieser schon seit längerer Zeit sichtbaren Gefahr so spät kommt, denn der führende englische Staatsmann soll noch in derselben Parlamentssitzung, in der Tom Shaw sprach, sich für den Übergang der Kreise Pleß und Rybnik an Polen ausgesprochen haben.

Breslau, den 20. August 1921.



III
Dublet

Schlußfolgerungen.

I.

Oberschlesien und die Umgestaltung der europäischen Schwerindustrie durch den Versailler Vertrag.

1. Oberschlesien ist unteilbar.

Deutschland verliert bei Teilung Oberschlesiens und Abtrennung lebenswichtiger Gebiete die Möglichkeit, die Kriegslasten zu zahlen.

Jede Teilung des engeren oder weiteren Industriebezirks bewirkt die Entstehung eines osteuropäischen Elsaß-Lothringens.

2. Das wirtschaftliche Gleichgewicht Europas wird durch eine Teilung des Industriebezirks und durch Entstehung eines neuen Schwerindustrie-zentrums unter Frankreichs Führung auf das schwerste bedroht.
3. Statt der Verewigung des Völkerhasses bedarf die Welt dringender Zusammenarbeit aller weitblickenden Staatsmänner an der planmäßigen Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens aller Völker und zur Völker-versöhnung. Diese von allen Völkern ersehnte Zusammenarbeit herbeizuführen, ist die edelste Friedensaufgabe des Völkerbundes.

II.

Die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Kreise Pleß und Rybnik zur ober-schlesischen Montanindustrie.

1. Eine Abtrennung der Kreise Pleß und Rybnik bildet keine notwendige Voraussetzung für Polens wirtschaftliche Entwicklung.
2. Für die beiden Kreise selbst bedeutet sie Preisgabe an eine ungewisse Zukunft, für Deutschland Schwächung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nach innen und außen. Die ober-schlesische Montanindustrie verliert die lebenswichtigsten Wurzeln ihrer Zukunft.
3. Für Europa aber bedeutet die Abtretung des nur ein Areal von 1900 qkm umfassenden Gebiets eine wesentliche Veränderung innerhalb des europäischen Kohlenhaushaltes zugunsten Polens und der mit ihm zusammenhängenden Mächtegruppe und damit einen wirtschaftspolitischen Angriffspunkt zur Störung des europäischen Gleichgewichts.

Breslau, im August 1921.

Forschungsabteilung für Bergbau und Hüttenkunde
des Osteuropa-Instituts.

Verwaltung
4. M. Nr. 480
1342